

## **Protokollauszug Sitzung des Rates der Stadt Aachen vom 12.03.2025**

---

### **Zu Ö 5.1 Haushaltsreden**

Die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionsvertreter\*innen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- Anlage 1 Haushaltsrede-2025-GRÜNE
- Anlage 2 Haushaltsrede-2025-CDU
- Anlage 3 Haushaltsrede-2025-SPD
- Anlage 4 Haushaltsrede-2025-DIE-Zukunft
- Anlage 5 Haushaltsrede-2025-FDP
- Anlage 6 Haushaltsrede-2025-LINKE

Aachen, den 12.03.2025

## **Haushaltsrede der GRÜNEN Fraktion zur Verabschiedung des städtischen Haushalts 2025**

Julia Brinner, Fraktionsvorsitzende

### **Lasst uns zusammenhalten!**

Was ist das eigentlich für eine Zeit, in der gerade leben? In den USA sägt ein selbstherrlicher Patriarch mit beängstigend großem Erfolg an den Pfeilern der Demokratie – in einem Land, das sich selbst stolz als „Heimat der Demokratie“ begreift. Stück für Stück kündigt er internationale Bündnisse auf und wendet sich von ehemaligen engen Verbündeten ab – sprich: auch von uns. Gleichzeitig scheint es aktuell so, als könnte der russische Autokrat Putin mit seinem grausamen Angriffskrieg Erfolg gehabt haben, indem er tatsächlich erhebliche Landflächen in der Ukraine völkerrechtswidrig erobert haben wird. Die demokratieverachtende Rede von US-Vizepräsident J.D. Vance bei der Münchener Sicherheitskonferenz setzt dem ganzen Drama das Sahnehäubchen auf.

Es ist unmöglich, in Anbetracht all dieser Ereignisse wegzuschauen: Wir müssen anerkennen, dass die liberale Weltordnung ins Wanken geraten ist und dass die globale Ordnung zwischen den Staaten gerade dabei ist, sich neu zu sortieren.

Nun bin ich, sind wir alle, weder NATO-Gesandte noch Mitglieder des Deutschen Bundestags. Wir müssen weder darüber entscheiden, wie wir uns gegenüber diversen autokratischen Herrschern positionieren wollen, noch, welche Höhe ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr haben sollte. Und doch ist die Zeitenwende keine reine Bundesangelegenheit.

Sie wirkt sich bereits seit einigen Jahren unmittelbar auf unser Leben und unseren politischen Alltag in Aachen aus: Zum Beispiel, wenn das Geld in den Kommunen fehlt, weil alle öffentlichen Haushalte immer angespannter werden. Wenn Bundes- und Landesförderprogramme und -Zuschüsse gestrichen werden müssen, weil uns die Schuldenbremse erdrückt und der Bund die Verteidigungsausgaben stark steigern muss, dann spüren wir das unmittelbar in Aachen. Und auch als durch den Krieg in der Ukraine die Inflation gestiegen ist und die Butter plötzlich 40% teurer war, wurden viele Aachener\*innen unmittelbar stark belastet.

Außerdem verfangen auch bei uns zunehmend rückwärtsgewandte, antidemokratische Narrative: Bei der Bundestagswahl vor drei Wochen hatten wir in Aachen beinahe ein zweistelliges Ergebnis einer faschistischen Partei zu beklagen.

In diesen Zeiten könnten wir leicht den Mut verlieren, die Zuversicht aufgeben, den Kopf in den Sand stecken. Es wird doch eh nicht besser, könnten wir sagen.

Aber aufzugeben, das ist nicht unser Ding in Aachen, und so wie die Alemannia gerade für den Klassenerhalt kämpft, so müssen auch wir kämpfen. Und deshalb gibt es für mich nur ein Gebot, dass wir uns jetzt zu Herzen nehmen sollten: Zusammenzuhalten!

Zusammenzuhalten für all das, was uns wichtig ist, für das, was uns als Stadtgesellschaft zusammenschweißt,

was wir unseren Kindern beibringen und das, was uns unausgesprochen mit den Menschen verbindet, mit denen wir beim Bäcker in der Schlange stehen.

Gemeinsam als Europäerinnen und Europäer müssen wir für unsere Werte von Demokratie und Freiheit, Freundschaft und offene Grenzen kämpfen, die für mich als Generation Erasmus nicht mehr wegzudenken sind. Jeder von uns hat doch Freunde, die jenseits der Grenzen leben. Einen Schlagbaum an der Grenze zu Belgien, einen Krieg gegen Frankreich, kann und will ich mir gar nicht vorstellen. Gemeinsam als demokratische Fraktionen müssen wir daher stark sein gegen rechte Narrative und Desinformation. Gemeinsam als Stadtgesellschaft müssen wir zusammenhalten für eine offene, bunte Gesellschaft, die aus vielfältigen Menschen mit verschiedensten Herkünften, Religionen, sexuellen Orientierungen und Fähigkeiten besteht!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Grehling, liebe Ratskolleginnen und -Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher,

es gab schon einmal leichtere und unbeschwertere Zeiten, um einen kommunalen Haushalt aufzustellen, zu beraten und zu beschließen. Und dennoch werden wir als Grüne und SPD heute einen genehmigungsfähigen, soliden und breit aufgestellten Haushaltsplan beschließen, der die großen Transformationsprozesse unserer Stadt hervorragend weiterführt. Dass Sie diese Quadratur des Kreises bewältigt haben, dafür möchte ich Ihnen, Frau Grehling, im Namen meiner Fraktion herzlich danken und unsere Anerkennung aussprechen.

Denn ein genehmigungsfähiger Haushalt ist für eine NRW-Kommune zu einem seltenen Schatz geworden, den es zu hüten gilt. Laut Städte- und Gemeindebund bezeichnen 95% der NRW-Städte und Gemeinden ihre Haushaltssituation für die kommenden fünf Jahre als eher schlecht oder sehr schlecht. Viele von ihnen rutschen gerade in die Überschuldung. Von einer Überschuldung sind wir in Aachen glücklicherweise weit entfernt, weil unsere robuste, vielfältig aufgestellte Unternehmensstruktur uns solide Gewerbesteuererinnahmen einbringt – trotz Dämpfer im Jahr 2024. Und gleichermaßen, weil hier immer großer Wert auf eine verantwortungsvolle Haushaltsführung gelegt wurde und von uns als Koalition weiterhin gelegt wird.

Dieser grün-rote Haushalt ist der dritte, den wir gemeinsam als Koalition verabschieden, und somit war bereits der Haushaltsentwurf so stark von unseren gemeinsamen Projekten und politischen Beschlüssen geprägt, dass wir in den Ausschussberatungen nicht mehr viel hinzufügen mussten.

Unser Haushalt beschreibt die richtige Balance aus Sparsamkeit, um der schwierigen Haushaltslage gerecht zu werden, und Investitionen in eine sozial gerechte, zukunftsfähige, lebenswerte Transformation unserer Stadt. Denn in einer Zeit, in der sich alles verändert, ist es keine Option, stehenzubleiben.

Vielfach wird uns Grünen ja vorgeworfen, es ginge uns immer nur ums Klima. Das möchte ich an dieser Stelle bekräftigen: Wir stellen das Klima in den Mittelpunkt - aber nicht nur das meteorologische Klima, sondern vor allem auch das gesellschaftliche und soziale Klima in unserer Stadt.

Als Koalition investieren wir in sozialen Wohnungsbau, damit die Mieten wieder bezahlbar werden. Dafür gründen wir eine Wohnungsbaugesellschaft, die nicht nur neue Wohnungen bauen, sondern auch Bestandswohnungen energetisch sanieren wird.

Mit unseren Beschlüssen treiben wir die Mobilitätswende voran, mit dem Ziel, dass jeder und jede in Aachen wirklich die Wahl hat, ob er oder sie sich zu Fuß, mit dem Rad, dem e-Scooter, dem Bus oder dem Auto durch die Stadt bewegen will – und nicht aus Alternativlosigkeit das Auto nutzen MUSS. Für den großen Durchbruch bei der nachhaltigen Mobilität arbeiten wir weiter mit Priorität an der Regiotram.

Wir investieren in den Bau von Kitas und gehen den Personalmangel an, um allen Eltern eine gute,

wohnnortnahe Betreuung zu ermöglichen, auf die sie sich verlassen können.

Wir schaffen gerade für Aachener\*innen in Räumen mit schwächeren Einkommensstrukturen die Möglichkeit, Sport zu treiben, indem wir genau in diesen Sozialräumen Kunstrasenplätze schaffen und Calisthenics-Anlagen bauen und indem wir den Sportpark Soers aktiv für alle öffnen, statt ihn nur dem Spitzensport vorzubehalten. Beim Klimaschutz halten wir weiter Kurs, indem wir die kommunale Wärmeplanung beschließen, die Beratung für Sanierung und Heizungstausch ausbauen und viele weitere Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden in Betrieb nehmen. Insgesamt stellen wir in den kommenden vier Jahren die stattliche Summe von 134 Mio. Euro für Klimaschutz und Mobilitätswende zur Verfügung – ein eindeutiges Bekenntnis dazu, dass wir den Klimanotstand nach wie vor ernst nehmen, den wir 2019 ausgerufen haben. Denn die 1,5 Grad-Marke wurde im vergangenen Jahr erstmals überschritten, die Folgen sind dramatisch. Im letzten Jahr haben sie sich in Aachen durch massive Missernten gezeigt, die für die Landwirte kaum zu verkraften sind.

Mit dem neuen Housing-First-Programm unterstützen wir Obdachlose, die zu den allerschwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft gehören, dabei, eine eigene Wohnung zu bekommen, ohne dass sie sich vorher „beweisen“ mussten. Denn jeder und jede hat ein Recht auf ein Dach über dem Kopf, eine Heizung und ein eigenes Bett. Uns ist es wichtig, wohnungslosen Menschen mit Empathie zu begegnen und nicht nur im Kontext von „Ordnung und Sicherheit“ über sie zu sprechen.

Wir fangen trotz der angespannten Haushaltslage an vielen Stellen Kürzungen auf, die soziale Träger von Städterevisions-, Landes- und Bundeseite erfahren mussten, darunter das Projekt Querbeet und die Anerkennungsberatung für ausländische Berufsabschlüsse – denn eine Erosion des starken sozialen Netzes in Aachen kommt für uns nicht in Frage. Alle Kürzungen werden wir, das muss ich der Ehrlichkeit halber sagen, aber nicht auffangen können – denn unsere finanziellen Spielräume als Kommune sind begrenzt. Hier sehen wir das Land und den Bund in der Pflicht.

Auch Bildung und Kultur lassen wir trotz knapper Kassen nicht unter die Räder kommen, sondern sorgen dafür, dass sie der breiten Stadtbevölkerung zugutekommen, z.B. mit den neuen Sonntagsöffnungszeiten für die Bibliothek, mit dem erfolgreichen Stadtglühen-Festival und natürlich mit dem Bau des neuen „Haus der Neugier“. Gleichwohl können wir als Kommune, als Koalition, als Kämmerin nicht alle Wünsche erfüllen, die aus unseren Fraktionen und der Stadtgesellschaft an uns herangetragen werden – das liegt bei der schwierigen Haushaltslage auf der Hand. Priorisieren und Sparen sind in dieser Situation keine Schwäche, sondern zeigen, dass wir verantwortungsvoll handeln. Darum haben wir mit unserem Ratsantrag im vergangenen Sommer einen umfangreichen Sparprozess angestoßen, in dem wir gemeinsam mit der Verwaltung Projekte priorisieren wollen. Dieser Prozess hat mit dem vorliegenden Haushaltsplan begonnen und wird auch in den folgenden Jahren seine Wirkung entfalten. Dabei können durch kluge kreative Sparmaßnahmen durchaus positive Synergieeffekte erzielt werden – z.B. durch die geplanten Tage der kulturellen Bildung, die neben einer finanziellen Einsparung zur Erschließung neuer Zielgruppen in den Museen führen werden.

Mit unserem Haushalt schaffen wir sozialen Zusammenhalt in Aachen!

Denn eine Stadtgesellschaft kann nur zusammenhalten, wenn die Differenzen zwischen Armen und Reichen und auch zwischen Ur-Öchern und Zugezogenen, so gering wie möglich sind – konkret: wenn man auch mit einem nicht-deutsch klingenden Namen im Bewerbungsprozess in die nächste Runde eingeladen wird, wenn man auch von einer Arbeit an der Supermarktkasse seine Miete bezahlen kann, wenn jedes Kind die Chance hat, in eine gute Kita und auf eine gute Schule zu gehen, wenn man auch ohne eigenen PKW mobil ist, wenn man zum

Grillen in einen nahegelegenen Park gehen kann, weil man vielleicht keinen eigenen Garten mit großer Veranda hat! Wohnen, Bildung, Sport, Mobilität, Grünflächen zur Erholung und Kultur dürfen nicht den Reichen vorbehalten sein, sondern müssen für alle erschwinglich sein. Das ist der Nukleus unseres grün-roten Haushalts. Das schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade das Haus der Neugier zeigt uns, dass Zusammenhalt uns nicht nur gemeinsam gegen Bedrohungen von rechts stark macht, sondern dass es uns auch bei Großprojekten hilft, fraktionsübergreifend gut zusammenzuarbeiten. Wir alle sehen, was für einen großen Mehrwert dieser neue Ort der Begegnung, der Bildung und des Entdeckens für Aachen haben wird. Deshalb bin ich glücklich darüber, dass wir in allen Abstimmungen bisher immer eine gemeinsame Linie haben finden können und bin sehr zuversichtlich, dass wir auch in den kommenden Jahren mit allen demokratischen Fraktionen gemeinsam das Haus mit Leben füllen werden – so wie es auch schon am Büchel erfolgreich funktioniert hat.

Zusammenzuhalten heißt für mich als Kommunalpolitikerin aber auch, mit der Verwaltung zusammenzuhalten. Denn die Verwaltung ist weder unsere Gegenspielerin noch unsere Handlangerin, deren einzige Aufgabe es wäre, gefügsam unsere Befehle auszuführen. Sie ist unsere Partnerin bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt. Als solche wünschen wir uns von Dezernent\*innen und Fachbereichsleitungen, aber auch von Teamleitungen und Sachbearbeiter\*innen Eigenverantwortung und Entscheidungsfreude, um Entscheidungsspielräume proaktiv zu nutzen. So können wir Prozesse schneller und schlanker machen, Bürokratie abbauen, mit dem gleichen Personal mehr Projekte umsetzen und den Mitarbeitenden ein motivierendes Arbeitsumfeld schaffen.

Das geht einher mit Vertrauen und Zutrauen. Nur wenn aktives Handeln Einzelner nicht durch alle Ebenen und durch mehrere Abteilungen muss, nur wenn Fehler oder Misslingen nicht sofort mit Paragraphen, Schimpfen und Missachtung gestraft werden, kann die Verschlankung von Prozessen gelingen.

Als Koalition möchten wir daher bekräftigen, dass wir zur Eigeninitiative einladen und den Zusammenhalt mit der Verwaltung großschreiben.

Einen weiteren wichtigen Punkt habe ich noch mitgebracht: Die anstehenden Wahlen.

Schließlich funktioniert eine Haushaltsrede im Wahljahr sicherlich nicht ohne einen Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen. Was bedeutet die Notwendigkeit von Zusammenhalt für eine Rats- und Oberbürgermeister\*innen-Wahl?

Sicherlich nicht, dass alle Kandidat\*innen und Parteien sich gegenseitig über den grünen Klee loben oder gar Wahlempfehlungen für die anderen abgeben. Das wäre sicherlich nicht im Sinne einer lebendigen Demokratie. Und doch sind für mich vor allem zwei Dinge wichtig, die sich unter dem Schlagwort Zusammenhalt wiederfinden:

Zum einen sollten wir uns fragen, wen wir in diesem Wahlkampf zum Hauptgegner erklären. Ich würde empfehlen, sich dabei nicht an Markus Söder zu orientieren, sondern als Demokrat\*innen zueinander zu stehen. Wir müssen die Wähler\*innen der AfD wieder zurück zu holen, indem wir ihnen gute Angebote machen – denn sonst gewinnen die Trumps, Putins und Orbans dieser Welt.

Zum anderen möchte ich an uns alle appellieren, hart in der Sache, aber weich zu den Menschen zu sein. Was unsere Stadt braucht, ist ein Wahlkampf, in dem darum gerungen wird, wie wir die sozial schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft stärker unterstützen können, wie wir Mobilität gestalten wollen, wie wir schnellstmöglich sozialen Wohnraum schaffen wollen, welche Konzepte wir für eine attraktive, lebendige Innenstadt

haben, und welche Ansätze wir haben, um unsere Wirtschaft in einer schwierigen Zeit bei der Transformation zur Klimaneutralität zu unterstützen.

Was wir nicht brauchen, sind persönliche Angriffe auf andere, sobald sich eine noch so kleine persönliche Schwäche auftut.

Wenn wir diese Vorsätze umsetzen, gewinnt die Demokratie, die Stadtgesellschaft und somit jeder und jede einzelne in Aachen.

Ich möchte Sie daher alle einladen, zusammenzuhalten: Sie als Bürgerinnen und Bürger, als Mitglieder der demokratischen Fraktionen, als Angehörige der Verwaltung. Im Wahljahr und darüber hinaus.

Das Schlusswort möchte ich in diesem Sinne einer Christdemokratin überlassen, die schon 2015 gesagt hat: Wir schaffen das!

# **Haushaltsrede**

## **12. März 2025**

Iris Lürken

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,  
liebe Frau Stadtdirektorin Grehling,

bevor ich in die eigentliche Haushaltsrede einsteige, möchte ich Ihnen, Frau Kämmerin, und Ihrem gesamten Team danken für den Haushaltsentwurf, mit dem Sie wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben, dass Sie Ihr Handwerk beherrschen. Danken möchte ich Ihnen insbesondere dafür, dass Sie seit der Einbringung des Entwurfs nicht müde geworden sind, immer wieder zu mahnen und auf die Risiken hinzuweisen.

Wir halten diese Haushaltsreden in sehr bewegten und bewegenden Zeiten. Die Welt verändert sich komplett: in Amerika, in Europa, in unserem Land - und das merken wir auch hier in Aachen direkt vor unserer Haustür. Immer spürbarer wird: die Menschen machen sich Sorgen, haben Ängste, verlieren an Zuversicht, mitunter auch dort, wo es vielleicht gar nicht nötig wäre. Wir spüren alle, dass der Wunsch danach, dass Dinge endlich in Bewegung kommen, viele Menschen in Aachen umtreibt. Es reicht den Menschen eben nicht, nur über Veränderungen in unzähligen Runden zu philosophieren und bunte Bilder präsentiert zu bekommen.

Vor nicht allzu langer Zeit durften wir der Presse entnehmen, dass der vorliegende Haushalt der erste richtige grün-rote Haushalt sei, auf den Sie stolz sind. Er wird sogar als „politisches Manifest“ der Koalition betrachtet. Frau Brinner erklärte, es gäbe nur wenige Änderungsanträge, weil im Prinzip alles enthalten sei, was sich die Ratsmehrheit wünscht.

Genau damit fangen unsere Probleme aber an. Der Haushalt ist ja kein Wunschkonzert. Der Haushalt sollte ein Abbild dessen sein, welche Herausforderungen in der Stadt angegangen werden müssen und sollen. Er soll darstellen, dass mit Mut und Verantwortungsgefühl die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Von all dem kann tatsächlich bei Ihrem Wunschkonzert keine Rede sein!

Die städtischen Aufwendungen liegen für das Jahr 2025 bei 1,3 Milliarden Euro. Erneut wurden alle, aber auch wirklich alle Register gezogen, damit der Haushalt genehmigungsfähig ist. Die Ausgleichsrücklage, die mit mehr als 40 Millionen Euro in Anspruch genommen werden muss, ist nun komplett aufgezehrt. Wir haben zukünftig keinen Cent mehr, auf den wir zurückgreifen können. Und das, obwohl wir wissen, wie risikobehaftet der Haushalt ist – mit der Grundsteuerreform, möglichen Steuerstreitigkeiten oder womit auch immer.

Wohnungsbau, Innenstadtbelebung, Haus der Neugier, das soziale Netz, Investitionen in Kitas und Schulen, Klimaschutz und Mobilitätswende, Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Einnahmen und Einsparungen. Das sind Ihre Schwerpunkte.



Meine Damen und Herren, Schwerpunktsetzung sieht anders aus. Was soll denn von diesen zehn Punkten Ihr Schwerpunkt sein. Alles gleichzeitig?

Schauen wir uns Ihre Schwerpunkte mal genauer an:

Allein die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft, die im Haushalt steht, soll den sozialen Wohnungsbau retten, so dass schnellstmöglich neue, konkrete Projekte geschaffen werden können. Glauben Sie wirklich, dass Sie mit der Gründung der Gesellschaft auch nur ein einziges Projekt in diesem Jahr umgesetzt bekommen? Wir befürchten eher, dass vorläufig nur Personalkosten anfallen, Räume angemietet werden, riesige Überbau- und Overheadkosten entstehen, bevor auch nur ein qm neuer Wohnraum geplant wird. Ist das Ihr Turbo? Erst einmal sachfremde Kosten und neues Personal zu produzieren? Die CDU glaubt nicht, dass dies die Lösung sein wird. Wir setzen darauf, direkt in den Wohnungsbau zu investieren. Wir werden Ihnen gerne dabei helfen und zeigen, wie das besser gehen kann.

Wenn Ihnen unsere Vorschläge gefallen, werden Sie die Ideen sowieso als Ihre eigenen verkaufen und sich dafür feiern lassen – mal wieder: Ob es das Projekt Ladenliebe ist, unser Haushaltsantrag aus Corona Zeiten, der Mängelmelder, das Housing First Konzept gegen Obdachlosigkeit oder unser Antrag zur Einschränkung der aggressiven Bettelerei. Wir werden dann aber schon dafür sorgen, dass die Federn auf unserem Hut bleiben.

Innenstadtbelebung ist ebenfalls eine große Herausforderung. Was besonders kreativ und gut geht in dieser Stadt sind immer wieder neue Projekte, neue Projektleiter und wohlklingende Namen. Die Leute wollen aber nicht schöne Namen lesen und am Ende sehen, dass nur ein paar ramschige Holzpaletten dabei rumkommen. An keiner Stelle in dieser Innenstadt wurde spürbar die Aufenthaltsqualität so verändert wie in Ihren ganzen Programmen versprochen. Wo bitte, ist denn die klimaangepasste Stadt, in der Menschen sich gerne aufhalten, weil es Schattenplätze und Wasser gibt? Wo Bäume stehen und man gerne bummelt, sich trifft und einfach nur anhält und die Stadt genießt? Wir wissen doch, was die Menschen sich wünschen und wie man die Stadt zu einer Stadt für alle machen kann. Warum machen Sie das nicht?

Warum machen Sie den Menschen vor, dass die neu eingerichteten 1,5 Stellen im Haushalt für den neuen Projektleiter des Bushofs unmittelbar zur Innenstadtbelebung beitragen? Glauben Sie das wirklich? Wir glauben das nicht, aber es passt zu dem, was wir leider so häufig erleben. Es werden Menschen eingestellt für Projekte, die es noch nicht gibt, Kosten produziert und doppelte Strukturen geschaffen.

Kommen wir jetzt zum sozialen Netz. Sie erklären, dass trotz aller Investitionen das soziale Netz erhalten bleibe. Das muss es auch. Es ist eine Pflichtaufgabe. Es geht hier um Menschen, die dringend auf dieses Netz angewiesen sind und auf keinen Fall darauf verzichten können.

Deshalb freut es uns, dass Sie endlich das System der Städteregion übernehmen und eine Dynamisierung der Zuschüsse einführen wollen. Es ist ja nichts Neues- im Bereich der Jugendhilfe gibt es das schließlich schon lange.

Investitionen in Kitas und Schulen werden mit 12 Millionen Euro von Ihnen gefördert. Die Zahlen allein führen allerdings nicht dazu, dass auch nur eine Sanierung gestemmt ist. Wichtig wäre eine über die Umstellung von G8 auf G9 hinausgehende, realistische Planung dessen, was praktisch umsetzbar ist.

Und dass ist dann auch der Schlüsselsatz für den Bereich Klimaschutz und Mobilitätswende. 134 Millionen Euro sind in den nächsten vier Jahren im Haushalt veranschlagt. 4 Millionen wollen Sie in die energetische Sanierung der städtischen Gebäude stecken. Wie belastbar ist denn diese Zahl? Vor einem halben Jahr mussten wir erfahren, dass wir überhaupt keine Übersicht über den genauen Zustand unserer städtischen Gebäude haben, weder zu Heizungsanlagen, Baujahr, Sanierung von Fenstern, Fassaden und Dächern. Überblick stelle ich mir anders vor, realistische Planung auch. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Sie tatsächlich glauben, mit jeder Million, die Sie in diese Bereiche einstellen, schon etwas erreicht zu haben.

Zur Mobilitätswende erklären Sie, dass sie dabei voll auf die Regiotram setzen. Das Problem ist nur, dass die in den nächsten 10 Jahren wohl noch nicht fahren wird. Solange machen Sie nichts? Außer Schleifenlösungen, zu der dann die Beschilderungen fehlen oder wenn sie endlich angebracht wurden, selbst Fahrlehrer sie kaum verstehen? Ok, das erklärt dann auch, warum Sie Millionenbeträge im ÖPNV einkürzen, die Busgutachten in der Schublade liegen, wir auf den Hauptachsen weder intelligente Ampelschaltungen finden, noch Busse in Mittelspurlagen fahren, das P & R Konzept genau so wenig angepackt wird wie die Einführung eines Marktliners. Sie schaffen einfach keine attraktiven Angebote, die die Leute zu einer Änderung ihres Mobilitätsverhaltens veranlassen könnten. Ihre Mobilitätshubs sind allen Ernstes Hinweisschilder auf Umtiegsmöglichkeiten, die es nicht gibt. Aber Sie haben zu Genüge gezeigt, wie Sie sich die Mobilitätswende in Aachen vorstellen. Rotmarkierungen für die Quote, Poller ohne Ende, oder einfach mal die Durchfahrt sperren. Ihr Satz, Frau Keupen, Sie hätten noch viel vor, klingt da schon fast wie eine Drohung.

Zur Wirtschaftsförderung führen Sie aus, dass es wichtig sei, dass die lokale Wirtschaft funktioniere. Deshalb müsse man alles tun, um sie zu unterstützen. Die Unternehmen hätten zu kämpfen. Wo ist Ihre Unterstützung in diesem Haushalt? Die IHK hat uns mehrfach deutlich zu verstehen gegeben, was sich in Aachen verändern muss, damit Wirtschaft auch wieder wirtschaften kann. Hierzu gehören die Digitalisierung, die Verschlinkung und Beschleunigung von Prozessen und die Einrichtung einer Clearingstelle, damit Unternehmen nicht ständig von Pontius zu Pilatus geschickt werden. Wir wollen eine wirkliche Wirtschaftsförderung unter Aufbietung aller Möglichkeiten.

Keine Priorität hat bei Ihnen offenbar der Tourismus. Diesen beschädigen Sie durch eine deutliche Einschränkung der Öffnungszeiten unserer Museen. Damit fällt ein Besuch in Aachen bei Regen buchstäblich ins Wasser – das zumindest ist die Rückmeldung des ats, die wir dazu erhalten haben. Es zeigt aber auch, dass Ihnen die institutionelle Kultur in Aachen wohl schlicht egal ist, ebenso wie die Abstimmung mit langjährigen Partnerinnen und Partnern.

Um den Haushalt zu verbessern, möchten Sie die Einnahmesituation verbessern. Meine Damen und Herren, wir haben aber kein Einnahmeproblem, Sie haben ein Ausgabeproblem. Sie versuchen nun, mit der Einführung der Grundsteuer C die Einnahmesituation ab 2026 zu verbessern. Die Verwaltung rät Ihnen dringend davon ab. Aber Sie, liebe grün-rote Ratsmehrheit, sehen damit eine Verbesserung des Haushaltes ab 2026 um eine halbe Million Euro. Sie übersehen dabei aber, dass Sie im Gegenzug aufgrund der Klageanfälligkeit dieser Steuer ein entsprechendes Risiko in den Haushalt einstellen müssten. Vom Personalmehraufwand in diesem Zusammenhang reden Sie erst gar nicht.

Auch wünschen Sie sich von der Verwaltung eine Priorisierung der Investitionen. Sie, als gestaltende Mehrheit, hätten sich die Liste der Investitionsvorhaben vornehmen und dort Prioritäten setzen müssen – so, wie es die Kämmerin Jahr für Jahr immer nachdrücklicher eingefordert hat. Sie wollen aber gar keine Verantwortung übernehmen und haben darum der Verwaltung den Auftrag gegeben, ein Investitionscontrolling einzuführen. Eine bessere Übersicht über die Kosten geplanter Projekte ist sicher hilfreich und erforderlich. Auch eine Anpassung an den tatsächlichen Kostenaufwand, der ja noch gar nicht eingepreist ist. Aber es ist nicht das, was Sie hätten machen sollen: nämlich die Projekte streichen oder zurückstellen, die in der nächsten Zeit keine Aussicht auf Umsetzung haben. Es ist schlicht ein Feigenblatt, eine Ausrede. Sie haben sich gedrückt und ihren Job nicht gemacht. Wir haben Ihnen oft genug angeboten, das gemeinsam zu machen. Sie haben dieses Angebot jedes Mal mit einem Hauch von Arroganz in den Wind geschlagen. Das kann man so machen, dann muss man aber auch mit der Kritik leben.

Die Jahre 2025 und 2027 sind so haarscharf an der Abbruchkante, dass ein Windstoß reicht, um abzustürzen. Denn 2026 ist der Eigenkapitalverzehr bereits jenseits der 5 % Grenze. Noch im bündelnden Finanzausschuss haben Sie sich bemüht, auch in den anderen Jahren möglichst nah an diese Grenze zu kommen. In dieser finalen Sitzung, in der eigentlich nur noch die Beschlüsse der Ausschüsse glattgezogen werden, haben Sie noch einmal nachgelegt und hanebüchene Ideen eingebracht, ohne dass diese in den Fachausschüssen auch nur ansatzweise besprochen worden sind, ohne dass es dazu inhaltliche Beschlüsse gibt, ohne dass es belastbare Aussagen zu den tatsächlichen Kosten gibt. Sie werfen einfach mal etwas in den Raum und hoffen auf das Beste.

Man könnte fast meinen, die grün-rote Ratsmehrheit genießt den Nervenkitzel und riskiert den Ritt in das Haushaltssicherungskonzept. Spätestens mit dem Tarifabschluss werden wir auch die erste Haushaltssperre erleben.

Immer und immer wieder haben wir in den letzten Jahren auf die Risiken für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger hingewiesen. Doch Ihnen scheint das völlig egal zu sein. Wie soll man sonst Ihren aktuellen Haushaltsantrag zum Haus der Neugier verstehen? Vor nicht einmal einem Monat haben wir uns alle noch in die Hand versprochen, bei diesem größten Projekt aller Zeiten keine Extras, keine Sonderwünsche, keine Sperenzchen irgendeiner Art zu wagen.

Aber Sie haben in ihrer Weisheit beschlossen, dass es doch noch ein Zückerchen zwischendurch braucht, eine "Bespielung" der Baustelle. Darüber hinaus macht man sich bereits Gedanken über die künstlerische Leitung für ein Haus, das sich derzeit noch im Rohbau befindet und für das noch keine antragsreife Bauplanung vorliegt. Sie lernen es einfach nicht! Wie sollen wir uns denn bei solchen Aktionen auf ihre Zusagen verlassen? Viel wichtiger noch: wie soll sich die Verwaltung auf Sie verlassen? Wenn Sie heute das eine beschließen und morgen das andere gilt?

Das Kernproblem ihrer gesamten Politik bleibt, dass Sie nicht in Realitäten, sondern in Visionen denken. Das ist ja auch viel schöner. Das ist aber eine Traumwelt, das ist Wunschdenken. Das hat nichts mit dem zu tun, was in Aachen Tag für Tag passiert. Denn die Folge davon ist, dass Sie ständig den zweiten Schritt vor dem Ersten machen. Sie haben den Teig für die Torte noch nicht fertig, sind aber schon beim Verzieren. Dabei wäre es doch gerade für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt so wichtig, erst einmal die Basics hinzubekommen.

Zu den Basics gehört für uns auch ein Bürgerservice, bei dem man einen Termin bekommt. Da hilft es auch nicht, dass im OB-Büro eine Beauftragte für kommunale Entwicklungspolitik andere Länder bei Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes berät, es aber nicht möglich scheint, zeitnah einen Termin für einen neuen Personalausweis zu bekommen. Hier hätten wir uns eine viel stärkere Unterstützung für diesen Bereich gewünscht, sowohl in digitaler als auch in personeller Hinsicht.

Alle Mitarbeitenden der Verwaltung arbeiten tagtäglich gut und sicher auch gerne für unsere Stadt. Das hat die Mitarbeitendenbefragung auch gezeigt. Aber gerade die Führungsebene weiß das nicht zu schätzen, es besteht eine erhebliche Distanz. Es braucht attraktive Rahmenbedingungen, in denen Menschen sich wertgeschätzt und von ihren obersten Führungskräften verstanden und unterstützt fühlen. Das alles hat unter dieser Oberbürgermeisterin augenscheinlich keine Priorität. Ursprünglich sollte das Ergebnis der Umfrage nur im nicht-öffentlichen Teil des PVA behandelt werden. Ernsthaft wurde versucht, den Ratsleuten zu verbieten, über die Ergebnisse zu sprechen. Undemokratischer geht es wohl kaum. Wo bitte sind im Haushalt die Maßnahmen erkennbar, mit denen Sie endlich den Mitarbeitenden den Rücken stärken? Wie wollen Sie die Führungskultur verändern und nicht nur die Dinge wieder schönreden? Ein Mitarbeitendenfest alle paar Jahre reicht da wohl nicht.

Kommen wir noch einmal zurück auf die Basics. Diese findet man zuhauf an vielen Stellen. Zum Beispiel auf der ständig anwachsenden Liste der Kleinmaßnahmen! Aber diese gehört wohl nicht zu den Prioritäten der Oberbürgermeisterin und ihrer grün-roten Ratsmehrheit. Worüber reden wir hier? Über nicht vorhandene Querungshilfen, abgesackte Bordsteine, fehlende Beleuchtung, um nur einige zu nennen. Insgesamt 150 notwendige Maßnahmen füllen diese Liste, umgesetzt wurden im letzten Jahr lediglich sieben! Während unangetastete Investitionsmillionen einfach weitergeschoben werden, könnte hier mit wenig Geld schnell und einfach ein echter Beitrag zur Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit geleistet werden. Vielleicht nicht so spektakulär in der Außenwirkung, aber echte Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Weil Sie die Liste über Jahre nicht abgearbeitet bekommen, haben wir dazu einen Antrag gestellt, der zeigt, wie man mit gutem Willen zeitnah die Maßnahmen umsetzen kann.

Meine Damen und Herren, die Welt verändert sich und wir uns mit ihr. Wir sind uns einig darin, dass wir auf dem Weg in die Zukunft diese Veränderungen mutig angehen müssen. An den Zielen wie soziale Sicherheit, Klimaschutz, Entwicklung der Stadt und ihrer Verwaltung kann dabei eigentlich kein Zweifel bestehen. Sie zeigen aber, dass Sie keine einzige dieser Herausforderungen wirklich angehen. Es stockt und stottert an allen Ecken und Enden, außer bei den tollen Namen, bunten Bildern, leeren Versprechungen und explodierenden Kosten.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht die Veränderung, die wir brauchen. Der Weg, die Herausforderungen unserer Zeit anzugehen, muss sich substanziell ändern. Ihr Mut ist der Mut zu Schulden und zu Planungen, die schon an der Kraft dessen, was die Verwaltung tatsächlich zu leisten imstande ist, zerschellen, spätestens aber am nächsten Gericht oder an der Lebensrealität.

Noch nie in der Geschichte des städtischen Haushaltes mussten so viele aufgrund der Ideologie von so wenigen so viel ertragen.

Aachen hat mehr verdient, mehr echte Ideen, mehr Ehrlichkeit und mehr Umsetzung.

Deswegen werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.



Haushaltsrede 2025

Michael Servos – SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute das letzte Mal in dieser Ratsperiode über unseren städtischen Haushalt. Die äußeren Rahmenbedingungen der vergangenen fünf Jahre waren turbulent und für uns alle eine Herausforderung.

Daran wird sich auch in den kommenden Jahren wenig ändern.

Wir alle blicken in den letzten Tagen mit Entsetzen in die USA und beobachten, wie der amerikanische Präsident nicht nur einen globalen Handelskrieg vom Zaun bricht sondern auch die Ukraine und damit Europa in einem seiner berüchtigten "Deals" über die Klinge springen lässt.

Gerade wir hier in der Europastadt Aachen wissen, dass es nun ums Ganze geht. Dass wir Europäerinnen und Europäer nun noch enger zusammenstehen. Und wir wissen auch, dass wir wirtschaftlich harten Zeiten entgegen blicken.

Ich bin froh, dass diese Einsicht endlich auch in Berlin Einzug zu halten scheint, dass Lösungen europäisch gedacht werden und die Schuldenbremse endlich reformiert wird.

Hier vor Ort drehen wir natürlich kleinere Räder: Es ist unsere Aufgabe, mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten das Beste für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen. Ich bin überzeugt, dass uns dies auch im dritten Jahr unserer rot-grünen Zusammenarbeit wieder gelungen ist.

Viele Projekte, die wir als Koalition oder auch parteiübergreifend auf den Weg gebracht haben, sind bereits im Planentwurf der Kämmerin enthalten. Dafür und für die von Ihnen, liebe Frau Grehling, und Ihrem Team geleistete Arbeit möchte ich im Namen meiner Fraktion herzlich `Danke` sagen! Wir wissen es sehr zu schätzen, wie engagiert Sie sich für eine solide Haushaltsführung einsetzen und dabei gleichzeitig die politischen Prioritäten der jeweiligen Ratsmehrheit abbilden.

Der heute zur Entscheidung vorliegende Planentwurf ist eng kalkuliert. Dass es gelungen ist, die Enden zueinander zu bringen, ist einem spitzen Rotstift zu verdanken und erst die unterstellte Reduktion der Ausgaben in Höhe von 48 Mio. € - 22 Mio. € über den Personalkostenverbund und 26 Mio.€ über einen globalen Minderaufwand - sichern die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts.

Die Haushaltsabschlüsse der vergangenen Jahre haben immer wieder positive Überraschungen ausgewiesen, aber diese Effekte scheinen aufgebraucht und zur globalen wirtschaftlichen Situation habe ich schon genug gesagt.

An dieser Stelle gibt es nun drei Optionen:

Die Gewerbe- oder Grundsteuern erhöhen und damit unsere lokale Wirtschaft destabilisieren.

Sich aus der Verantwortung stehlen. Gerne mit der Argumentation, dass man "sparen müsse" und im Haushalt "zu viel Unsinn drin stehe". Dann aber weder Ross noch Reiter zu benennen.

Oder eben die Ärmel hochkrempeln und gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir uns - Sie werden es an der leicht suggestiven Formulierung schon erkannt haben - für Tor 3 entschieden. Wir haben in einem ersten Schritt ein Investitionscontrolling eingeführt und bei der Kämmerei verankert. Im zweiten Schritt haben wir schon vor der Haushaltsaufstellung einen breiten Konsolidierungsantrag eingebracht, der insbesondere die Priorisierung unserer Aufgaben und Beschlüsse adressiert.

Aber: Dieser Weg ist steinig und das Ziel nicht in wenigen Wochen oder Monaten zu erreichen.

Es wird dennoch nicht ohne die von uns angestoßene Prioritätensetzung gehen.

Sie ist zur Sicherung der wirklich wichtigen Angebote für die Aachenerinnen und Aachener erforderlich und wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, - wohl oder übel - die Hauptaufgabe des Rates für die kommenden Jahre sein.

Die Kämmerei hat den Prozess begonnen und überprüft auf unsere Initiative hin mit den Fachbereichen alle Investitionen. Diese Objektivierung gibt uns als Politik das Rüstzeug, um die notwendigen Priorisierungen festzulegen.

Im nächsten Schritt muss ein analoges Verfahren für den konsumtiven Bereich folgen.

Wenngleich wir es in diesem und erst Recht im nächsten Jahr mit einem engen finanziellen Spielraum zu tun haben, werden wir nicht kapitulieren und nicht nachlassen, die großen Herausforderungen unserer Stadt anzugehen.

Der finanzielle Spielraum, den wir durch die genannten Schritte erreichen wollen und werden, ist für uns kein Selbstzweck.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns verpflichtet, Aachen gerade in diesen Zeiten zukunftsfest zu machen!

Seit der letzten Kommunalwahl sind wir kontinuierlich an unseren Kernthemen dran geblieben und haben Lösungen für die handfesten, alltäglichen Probleme der Menschen in Aachen erarbeitet: Der Bau von bezahlbaren Wohnungen, die Unterstützung für Aachener Familien, die Entwicklung der Innenstadt, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine starke Wirtschaft und exzellente Wissenschaft und nicht zuletzt der Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung.

Es ist vor diesem Hintergrund gut und wichtig, dass wir mit diesem Haushalt, mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und dem Azubiwerk, ein wichtiges Stück vorankommen und neben den bereits im Haushalt und zahlreichen Grundsatzbeschlüssen enthaltenen Werkzeugen weitere Maßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ergreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen nicht akzeptieren, dass es für Menschen, die unsere Straßen sauber halten, unsere Kinder betreuen oder unsere Eltern pflegen, kaum noch möglich ist, eine bezahlbare Wohnung in unserer Stadt zu finden! Die Umsetzung der Grundsteuerreform durch das Land NRW hat dabei das Problem übrigens noch verschärft und das Wohnen verteuert.

Gute und verlässliche Kinderbetreuung ist sowohl für Familien als auch für Aachener Unternehmen von großer Bedeutung. Nicht zuletzt ist sie eine der wichtigsten Grundlagen der Gleichberechtigung von Frauen, die seit Corona große Rückschläge hat hinnehmen müssen. Eigentlich müssten hier alle politischen Ebenen an einem Strang ziehen.

Leider hat das Land die kommunale Familie auch bei diesem Thema im Regen stehen lassen. Wir alle haben mit Entsetzen, aber die meisten wohl auch mit Verständnis, die aktuelle Stellungnahme der kirchlichen Träger zur Finanzierung der Kitas durch das Land zur Kenntnis genommen. Dort heißt es: „Wenn sich an der Finanzierungssystematik [...] nicht grundlegend etwas ändert, werden wir das System nicht [...] aufrecht erhalten können“.

Auch für das Aachener Modell zur Entlastung von Kitas ist aus Düsseldorf keine Unterstützung zu erwarten. Einmal mehr sind wir auf uns allein gestellt und müssen mit unserem Verwaltungskräfteprogramm eigene Wege gehen.

Gleiches gilt für die Schulsozialarbeit. Wir springen dort ein, wo uns die Landesregierung im Regen stehen lässt.

Es ist einer der größten Erfolge unserer Koalition, dass es trotz dieser widrigen Bedingungen gelungen ist, die Kita-Beitragsentlastungen für untere und mittlere Einkommen zu beschließen und fortzuschreiben. Für die Betroffenen ist jeder Euro in der Familienkasse von Bedeutung, gerade in wirtschaftlich harten Zeiten.

Ein weiteres Thema, das viele Familien in Aachen bewegt, sind Spielmöglichkeiten für Kinder, insbesondere in der Innenstadt. Hier richte ich meinen Dank und einen Wunsch an die Verwaltung: Zunächst den Dank dafür, dass die erforderlichen Mittel bereits eingeplant sind. Mein Wunsch ist, dass wir nun auch so schnell wie möglich in die Umsetzung kommen!

Im sozialen Bereich ist es uns gelungen, unser dichtes Netz von Angeboten im Haushalt abzusichern. Das ist in Zeiten knapper Kassen keine Selbstverständlichkeit.

Und auch hier hat die Landesregierung - man erkennt ein Muster - mit der Ankündigung deutlicher Kürzungen für erhebliche Unruhe gesorgt. Die Situation wurde durch massiven Widerstand teilweise gelindert, nun führt jedoch eine handwerklich schlechte Bewilligungspraxis von Trägeranträgen zu



großen Problemen bei den karitativen Einrichtungen. Selbstverständlich versuchen wir auch hier im Rahmen des Möglichen einzuspringen und zu unterstützen, so gut es eben geht.

Die Aachener Freien Träger im Sozial- und Jugendbereich, von den Kitas bis zur Aidshilfe, von der Seniorentagesstätte bis zur Obdachlosenhilfe leisten unendlich wichtige Arbeit. Leider steht diese Arbeit bisher jedes Jahr erneut vor einem Finanzierungsproblem und jedes Jahr müssen bürokratische Hürden genommen, Anträge gestellt, Verträge befristet werden. Um diesen Misstand abzustellen und den Haushalt der Stadt langfristig besser planen zu können, werden wir die Unterstützung so schnell wie möglich auf Leistungsvereinbarungen und Zuwendungsbescheide mit einem festen Index umstellen. Es geht hier um die verbindliche Absicherung, die Steuerbarkeit und den präzisen Ausbau unserer wertvollen sozialen Angebote.

Besonders möchte ich auf die Innenstadtentwicklung und damit auch auf das Haus der Neugier und die Entwicklung einer großen Anzahl neuer Wohnungen für Familien am Bushof eingehen.

Die Gestaltung des Wandels unserer Innenstadt ist eine der größten Stadtentwicklungsaufgaben die vor uns liegen und wir alle haben in dieser und in der vergangenen Ratsperiode viele Stunden investiert, um nachhaltige Lösungen zu finden.

Einen ersten Höhepunkt hatte die politische Debatte am Ende der letzten Wahlperiode, als alle Fraktionen Antragspakete eingebracht haben. Im Rückblick muss man wohl sagen, dass viele dieser Ideen eher ein Ausdruck von Hilflosigkeit waren. Wir erleben einen tiefgreifenden Strukturwandel. Da ist es nicht getan mit Pop-Up-Stores und bunten Holzmöbeln. Da ist mehr Substanz gefragt.

Natürlich wurden in der letzten Wahlperiode aber auch erste wichtige Schritte eingeleitet, nicht zuletzt der Abriss des Parkhauses am Büchel.

Aber auch die wichtigen Ratsanträge zur Neugestaltung des Theaterplatzes, zur deutlichen Reduktion des Verkehrs auf dem Grabenring, zur dauerhaften Einrichtung des Archimedischen Sandkastens und zur Sanierung der Parkhäuser wurden bereits von der Koalition aus CDU und SPD eingebracht.

In den letzten drei Jahren haben wir dann endlich gemeinsam den Knoten durchschlagen. Zunächst mit weicheren Maßnahmen, wie der Verlegung des Wochenmarkts zu seiner langfristigen Sicherung, den Beschlüssen zur Ausweitung von Veranstaltungen in der City z.B. durch Lärmschutzgutachten oder der Beauftragung einer einfacheren, abgespeckten Leitlinie für die Außengastronomie. Wir haben diese Maßnahmen stets mit der ausreichend diskutierten Idee der "Ermöglichungskultur" verbunden.

Und in der letzten Sitzung dieses Rates haben wir schließlich das größte Rad gedreht und das Horten-Haus erworben. Wir haben es uns mit dieser größten Einzelinvestition in der Geschichte unserer Stadt nicht leicht gemacht und mehr als einen veränderten Beschlussentwurf eingebracht.

Nun jedoch bietet sich aber eben auch die vielleicht größte Chance für unsere Innenstadt: Das Haus der Neugier als Bildungs- und Aufenthaltsort für alle Aachenerinnen und Aachener und eben das damit unauflösbar verbundene Bushofquartier mit seinen vielen, günstigen Wohnungen im Herzen unserer Stadt.

Und ja, jetzt passiert auch an anderen Orten etwas. Die Immobilienbesitzer schöpfen wieder Vertrauen. Die Entwicklung der Innenstadt erwacht. Im Dahmengraben, in der unteren Adalbertstraße und selbst im ehemaligen Wehmeyer-Komplex werden Immobilien vermietet, gekauft und Bauanträge gestellt. Unsere gemeinsame Arbeit zeigt Erfolge und darauf können wir stolz sein.

Nun heißt es eben auch: Nicht nachlassen! Weiter machen! Vielleicht mit der City-Passage, ganz sicher aber mit einem großflächigen Sanierungsgebiet.

Über diese Entwicklungen in und rund um die Innenstadt hinaus sind auch weitere große Projekte Bestandteil des diesjährigen Budgets: Der Campus, der Sportpark Soers, die Verkehrswende, der Kita-Ausbau.

Ich habe eingangs schon beschrieben, dass es erhebliche Haushaltsdisziplin erfordern wird, dies zu stemmen. Auf diesen Weg haben wir uns gemacht und das haben wir auch in den Beratungen zu diesem Haushalt unter Beweis gestellt.

Aber - das möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen - wir werden es nicht dauerhaft ohne eine bessere Politik in Bund und Land schaffen!

Statt der erforderlichen Unterstützung werden wir aber damit konfrontiert, einen weiteren Mega-Bebauungsplan für unser Uniklinikum erstellen zu sollen. Ich kann nicht zu Protokoll geben, was ich von dieser Attitüde der Landesregierung halte und der Drops ist auch noch nicht gelutscht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aachen ist, auch dank Ihnen persönlich, liebe Frau Grehling, eine der wenigen haushalterisch noch gut aufgestellten Kommunen in unserem Land. Wir sind in der Lage, unsere Aufgaben für die Aachenerinnen und Aachener zu erfüllen.

Also packen wir es an und setzen die vielen guten Ideen und Beschlüsse dieses Rates in die Tat um.

Eine funktionierende Kommune, die ihre Bürgerinnen und Bürger wirklich ernst nimmt, ist nicht zuletzt der beste Schutz unserer Demokratie!

Vielen Dank!

— PAUSE —

Bitte erlauben Sie mir zum Schluss - und da dies ja hoffentlich meine letzte Haushaltsrede von diesem Platz aus ist - mich herzlich bei Ihnen und Euch allen zu bedanken. Ich habe den Wettbewerb der Ideen zwischen den demokratischen Fraktionen dieses Rates ausnahmslos als fair empfunden und möchte Danke sagen: Für den Respekt, für die Bemühungen um Konsens, wo sie geboten waren und für die klare, sachliche Benennung inhaltlicher Differenzen wo sie bestanden.

Ich fühle mich in diesem Rat wohl, weil ich weiß, dass wir gemeinsam um die richtigen Entscheidungen ringen. Das ist unser Schild gegen Populismus und Extremismus.

Diese Einigkeit macht uns stolz und stark.

Danke!

Fraktion DIE Zukunft · Johannes-Paul.II-Str. 1 - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus  
52062 Aachen



**Fraktion DIE Zukunft im Rat  
der Stadt Aachen  
Johannes-Paul.II-Str. 1  
52062 Aachen**

Aachen, 12.03.25

### **Haushaltsrede 2025 Fraktion DIE Zukunft im Rat der Stadt Aachen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Kolleg\*innen, liebe Bürger\*innen und Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin Grehling. Zunächst möchten auch wir uns für die Erstellung des Haushaltsentwurfs bei Ihnen und Ihrem Team bedanken. Wir wissen die Arbeit daran sehr zu schätzen. Herrn Kind möchten wir auf diesem Weg alles Gute für seine neue Stelle wünschen und uns für die bisherige Arbeit im FB20 bedanken.

Mit großem Interesse habe ich letzte Woche Ihr Interview in der Zeitung gelesen mit der Überschrift „Wann ist Aachen eigentlich pleite?“. Ich fand das Interview sehr spannend und informativ, nur leider sind Sie uns da die Antwort schuldig geblieben, wann Aachen nun pleite ist.

Vielleicht können Sie die Antwort in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses unter Mitteilungen nachreichen.

Wir stehen heute vor der Aufgabe, den Haushalt für das Jahr 2025 zu beraten und zu beschließen – eine Aufgabe, die weit mehr ist, als das Abhaken von Zahlenkolonnen. Ein Haushalt ist nicht nur ein Rechenwerk, sondern Ausdruck unserer politischen Verantwortung und unseres Gestaltungswillens für die Zukunft unserer Stadt.

Die Herausforderungen sind groß: Klimakrise, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Wandel – all das fordert uns heraus, kluge Entscheidungen zu treffen, die Aachen voranbringen.

Der Haushalt weist ein Defizit von fast 75 Mio. € auf. Ein Defizit, das nur durch die vorhandene Ausgleichsrücklage abgedeckt werden kann und uns so Handlungsfähigkeit sichert.

Bei einem Haushaltsdefizit verfallen die ein oder anderen Politiker\*innen sofort in den Sparmaßnahmenmodus.

Gespart wird dann schnell bei den schwächsten und marginalisierten Gruppen in diesem Land, wie z.B. bei Bürgergeldempfänger:innen und Schutzsuchenden. Vor Ort werden Öffnungszeiten von Museen und Kultureinrichtungen gekürzt. Das Projekt Demokratie leben können wir uns nicht in voller Form leisten, weil die Bundesmittel nicht mehr nach Aachen fließen und für weitere benötigte Stellen in der Schulsozialarbeit fehlt der politische Wille und das Geld.

Die kommunalen Haushalte haben ein grundsätzliches strukturelles Problem und das natürlich nicht nur in Aachen. Große Vermögen wachsen immer stärker, die 500 reichsten Deutschen konnten ihr Vermögen von 2023 auf 2024 um über 50 Mrd. € auf über 1.100 Mrd. € steigern, während in der Politik darüber gestritten wird, ob man Bürgergeldempfänger\*innen oder Schutzsuchenden die Mittel stärker kürzen kann, oder direkt beiden Gruppen?

Hingegen wird krampfhaft alles vermieden, was den Superreichen missfallen könnte, wie z.B. eine Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer oder die Schließung von Steueroasen in Europa. Wo diese Ungleichverteilung und Ungleichbehandlung hinführt, können wir gerade in den USA betrachten.

Doch kommen wir zu unserem Haushalt. Es gibt Punkte, die finden wir sehr gut und es gibt Aspekte, die wir richtig schlecht finden. Fangen wir mit einigen positiven Beispielen an:

#### Haus der Neugier

Besonders die VHS leidet akut unter ihrer Unterbringung im Bushof, einer maroden Immobilie. So kann man nur schwer ein gutes Lernklima schaffen. Im neuen Haus der Neugier, mit Sicherheit das größte Projekt in Aachen, wird VHS und Stadtbibliothek ein gemeinsames Wirken unter einem Dach ermöglicht, ein moderner Lernort geschaffen und ein aktuell verwaister Ort in der Stadt mit Leben füllen.

#### Verkehrswende/ Wärmewende

In der Wärmewende stehen der Stadt und den Aacher\*innen gewaltige Aufgaben bevor, die uns die nächsten Jahre – oder eher Jahrzehnte – beschäftigen werden. Die Stadt muss hier unter- und oberirdisch stark umgebaut werden. Vieles läuft gerade an, hat aber lange Planungs- und Bauzeiten. Wir müssen das „Gemecker“ über die Baustellen aushalten, jede der Maßnahmen hat ihre Berechtigung. Wir haben schlicht keine andere Wahl.

Ein wichtiges Mittel, um den Gegenwind zu mildern, ist der ÖPNV-Ausbau. Da wünschen wir uns mehr Engagement. Ein attraktiver ÖPNV und eine attraktive Radinfrastruktur sind die Grundlage für eine erfolgreiche Verkehrswende. Nur wer gute Alternativen nutzen kann, verzichtet auch auf die Bequemlichkeit einen PKW zu nutzen.

#### Sportplatz für Alemannia

Die Fraktion DIE Zukunft hat sich zu den Vorwürfen zu rechten Tendenzen in der Vereinsspitze klar, laut und deutlich positioniert. Und die aktuellsten Entwicklungen im Prozess um Kevin P. geben uns Recht, es ist sogar alles noch deutlich schlimmer. Umso übler finden wir, dass der Aufsichtsratsvorsitzende bei der Alemannia, der übrigens CDU-Mitglied und Bezirksamtsleiter in Eilendorf ist, sich mit Herrn Mobertz beim Karneval ablichten lässt und von „komischen Zeiten“ spricht. Nach Distanzierung oder Problemverständnis klingt das für uns nicht.

Trotzdem bringen wir uns auch hier selbstverständlich konstruktiv ein und haben den Antrag gestellt, den alten Sportplatz an der Emmastraße für den Trainingsbetrieb herzurichten. Neben aller Kritik möchten auch wir, dass der Verein unter guten Bedingungen trainieren und spielen kann.

Wo Licht ist, ist auch Schatten – Was wir deutlich kritisieren müssen:

#### Kindertagespflege

Die Situation in der Kindertagespflege ist weiterhin ungewiss. Wir wissen, dass viele Kindertagespflegepersonen bald in den wohlverdienten Ruhestand gehen und dass das Konzept Kindertagespflege für viele Eltern eine tolle Möglichkeit der Betreuung ist. Wir fordern weiterhin bezahlte Kranken- und Urlaubstage für diese Berufsgruppe, um diesen anspruchsvollen Job attraktiver zu gestalten. Jetzt wird der ein oder andere sagen, aber wir haben doch so tolle Zahlen im diesjährigen Kitabedarfsplan. Das ist auch auf den ersten Blick richtig. In der Ü3 Betreuung kommen wir fast an 100% und im U3 Bereich erreichen wir fast das gesetzte Ziel von 50%. Aber wie ist da eigentlich der wahrhaftige Bedarf. Das gesetzte Ziel von 50% ist vor Jahren von der Politik benannt worden. Warum geht man eigentlich nicht hin und macht beim Standesamt eine Erhebung für den Betreuungsbedarf, sobald ein Kind geboren wird und fragt die Eltern nach ihrem Bedarf?

#### Schulsozialarbeit

Wurde hier zum Haushalt 2023 noch der von den Schulen gemeldete Bedarf gedeckt, sind es 2024 nur noch 2 von 9 gewünschten Stelleneinrichtungen gewesen und dieses Jahr, bis jetzt, gar keine, da die Koalition seit nun mehr als einem Jahr lieber auf ein Konzept der Verwaltung wartet, als den Bedarf zu decken, der dieses Jahr noch gar nicht ermittelt wurde. Wir haben uns also selbst die Mühe gemacht und nachgefragt. Der Bedarf ist hier nach wie vor groß, es gibt Probleme mit „Absentismus“ einem Euphemismus für „die Schüler\*innen kommen einfach nicht zum Unterricht“. Von einer Schule hörten wir, dass man aus Solidarität mit anderen Schulsystemen auf eine weitere Bedarfsmeldung verzichte. Wir hoffen, dass hier das Warten auf neue Stellen bald, mit der Einführung des Konzepts, ein Ende hat.

#### Das „Integrierte Konzept für Attraktivität und Sicherheit“

Wir lehnen es weiterhin ab, bettelnde Menschen aus der Innenstadt zu vertreiben. Der Rat hat Ende letzten Jahres ein Konzept dazu beschlossen, wie diesen Menschen „geholfen“ werden soll. Die Umsetzung von guten sozialpolitischen Maßnahmen aus diesem Konzept werden wir selbstverständlich unterstützen. Das Problem: Es ist nur ein Konzept, die Umsetzung muss in vielen kleinen Schritten erst noch erfolgen. Im Konzept ganz oben stehen aber ordnungspolitische Maßnahmen, die sofort scharf gestellt wurden. Den Mitarbeitenden des Ordnungsamtes fällt damit die – wenig beneidenswerte – Aufgabe zu, bettelnde Menschen aus großen Bereichen der Innenstadt zu vertreiben. Die Probleme – Armut, Suchtproblematiken und Wohnungslosigkeit – werden damit nicht gelöst, das sichtbare Symptom „Straßenbetteln“ wird nur verlagert und die Menschen schlicht in andere Bereiche der Stadt vertrieben. Unsere Gesellschaft möchte den Anblick dieser Menschen anscheinend nicht mehr ertragen, „Aus den Augen, aus dem Sinn?“. Wir finden das absolut unwürdig!

Ich komme zum Ende der Haushaltsrede der Fraktion DIE Zukunft:

Es wird Sie nicht überraschen, unter den gegebenen Umständen lehnt die Fraktion DIE Zukunft den Haushalt für das Jahr 2025 ab!

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 5.1, Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan – Haushaltsreden / 2025 in der Ratssitzung am 12.3.2025

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Haushaltslage der Stadt Aachen ist seit Jahren besorgniserregend. Trotz auch angesichts stagnierender Wirtschaftslage äußerst geringem Wachstum immer noch sprudelnder Steuereinnahmen, insbesondere auch beim Gewerbesteueraufkommen, decken die Einnahmen die Ausgaben mittel- und langfristig nicht mehr. Dennoch ist es der Kämmerei für das laufende Haushaltsjahr 2025 wieder gelungen, einen fiktiv ausgeglichen Haushalt zur heutigen Beschlussfassung vorzulegen.

Aber leider weist der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 einen außerordentlich hohen Fehlbetrag von knapp 75 Millionen Euro aus und ist lediglich durch den Ansatz eines globalen Minderaufwandes genehmigungsfähig.

Die Stadtkämmerei hat den Entwurf bei der Einbringung im Rat am 4.12.2024 als „solide“ bezeichnet, was man sowohl positiv als auch negativ auffassen kann! Er ist wie immer sorgfältig und ordentlich gearbeitet und für 2025 auch noch auskömmlich, aber leider auch risikobehafteter als in den Vorjahren, selbst wenn man die Krisenjahre 2020 bis 2023 mitberücksichtigt.

Die Steuereinnahmen sind in Aachen zwar im landesweiten Vergleich immer noch auf einem relativ hohen Niveau und manche andere vergleichbare nordrhein-westfälische Großstadt wird uns um unsere Erträge beneiden. Die fetten Jahre sind jedoch leider endgültig vorbei und die Tendenz geht bergab. Auch beim Gewerbesteueraufkommen hat sich der positive Trend der letzten Jahre nicht mehr fortgesetzt und liegt mit gut 18 Millionen Euro deutlich unter den Erwartungen.

Die Kassenkredite erhöhen sich und das Eigenkapital schrumpft, die Schlüsselzuweisungen des Landes fallen um knapp 15 Millionen Euro niedriger aus als im vergangenen Jahr.

Der Entwurf für 2025 samt der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2026 bis 2028 ist genehmigungsfähig, ob die Stadt Aachen jedoch auf längere Sicht auch in der kommenden Wahlperiode handlungsfähig bleibt, vermag hier und heute niemand vorherzusagen!

Der Gesamtetat von mehr als 1,3 Milliarden Euro mit einem Investitionsvolumen von über 232 Millionen Euro, also fast einer Viertel Milliarde Euro, enthält immense Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns alle zukommen.

In vielen Kommunen wird bereits von Krisenzeiten geredet, von Kürzungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, von Einschränkungen und deutlicheren Prioritätensetzungen, von Steuererhöhungen, die uns alle treffen würden.

Der städtische Haushalt verzichtet erfreulicherweise auch im letzten Jahr der Kommunalwahlperiode auf eine Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer. Der neue Hebesatz der Grundsteuer B soll

aufkommensneutral sein, auch wenn einzelne Betroffene aufgrund der Grundsteuerreform stärker belastet werden.

Schon bei der Einbringung des Entwurfs für das vergangene Jahr 2024 hat die Kämmerin die negativen Faktoren, die uns getroffen haben, benannt: eine erhöhte Regionsumlage, das Auslaufen der Isolationsmöglichkeit der Pandemie- und Kriegsfolgen, die unter Verletzung des Konnexitätsprinzips stetig neu zugewiesenen Aufgaben durch den Staat und vor allem auch die drastische Steigerung der Personalkosten durch die Tarifabschlüsse 2023 und jetzt erneut anstehend im Jahr 2025.

Hinzu kommen Unwägbarkeiten bei der Finanzierung des ÖPNV und die seit einigen Jahren drastisch angestiegenen Baukosten, die jede Investition nicht nur erheblich verteuern, sondern auch verzögern.

Auch in meiner diesjährigen Haushaltsrede – ich kann es selbst kaum glauben, dass es heute schon meine einundzwanzigste ist – möchte ich es nicht versäumen, der Kämmerin, Frau Stadtdirektorin Grehling, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung, insbesondere Herrn Kind, Herrn Schoel und Herrn Clahsen sowie auch des Fachbereichs Steuern und Kasse von Herrn Freude zu danken für die hervorragende Arbeit seit der Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung im vergangenen Frühjahr und vor allem in den arbeitsintensiven Wochen vor der Haushaltseinbringung am 4. Dezember des Vorjahres über die beiden Veränderungsnachweisungen bis zur letzten kleineren Anpassung in der Sitzung des bündelnden Finanzausschusses am 25. Februar.

Bei der Erstellung des Haushaltspanentwurfes hat sich Finanzsteuerung wieder an den Vorschriften des § 75 der Gemeindeordnung NRW orientiert. Gemäß Absatz 2 dieser Vorschrift muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Die erwirtschafteten Erträge müssen also die anfallenden Aufwendungen decken, so dass kein Jahresfehlbedarf entsteht. Dieses Erfordernis verfehlt die Stadt Aachen, wie fast jede Kommune in NRW, allerdings deutlich.

Der Fehlbedarf für das Haushaltsjahr 2025 kann jedoch durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden, so dass der Haushalt als fiktiv ausgeglichen gilt. Unter Berücksichtigung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2023 mit einem Jahresüberschuss von rund 9 Millionen Euro sowie des Fehlbedarfes des Haushaltsjahres 2024 von rund 50,6 Millionen Euro, erreicht die für das Haushaltsjahr 2025 nutzbare Ausgleichsrücklage einen Betrag von circa 40,5 Millionen Euro.

Damit wird die Ausgleichsrücklage im Haushaltsjahr 2025 vollkommen verbraucht, so dass für die restliche Deckung des Fehlbedarfes 2025 und in den Folgejahren der mittelfristigen Finanzplanung gänzlich auf die allgemeine Rücklage zurückgegriffen werden muss. Damit ist die vorliegende Haushaltssatzung genehmigungspflichtig. Der prognostizierte Eigenkapitalverzehr beträgt für 2025 34 Millionen Euro oder 4,72 Prozent der Allgemeinen Rücklage, für 2026 38 Millionen Euro oder 5,55 Prozent, für 2027 29,8 Millionen Euro oder 4,59 Prozent und für 2028 28,6 Millionen Euro oder 4,61 Prozent.

Gemäß § 79 Abs. 3 der Gemeindeordnung NRW ermöglicht der globale Minderaufwand eine pauschale Kürzung von Aufwendungen bis zu einem Betrag von 2 Prozent der Summe der ordentlichen Aufwendungen, soweit das zur haushalterischen Handlungsfähigkeit erforderlich ist.

Für die Stadt Aachen bedeutet dies, dass pauschal ein Abzug von bis zu rund 26 Millionen Euro von den ordentlichen Aufwendungen von rund 1,3 Milliarden Euro ermöglicht wird. Schon bei der Haushaltsplanung 2024 und auch für das laufende Haushaltsjahr 2025 wurde dieser pauschale globale Minderaufwand von 1 Prozent angesetzt. Dieser einprozentige Minderaufwand ist

auskömmlich, um die haushalterische Handlungsfähigkeit zu begründen und die Verringerung der allgemeinen Rücklage unter 5 Prozent zu halten. In den Folgejahren der mittelfristigen Finanzplanung von 2026 bis 2028 ist es allerdings erforderlich einen zweiprozentigen globalen Minderaufwand von dann etwa 26 Millionen Euro anzusetzen, aber selbst dann wird im Haushaltsjahr 2026 die 5 Prozent-Grenze des Verzehrs der allgemeinen Rücklage einmal überschritten.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wird durch den Ansatz des globalen Minderaufwandes vermieden, so dass die Stadt Aachen ihre kommunale Selbstverwaltung nicht einbüßt. Die Zeiten der Überschüsse sind jedoch endgültig vorbei, die Ausgleichsrücklage ist ein für allemal verbraucht.

Ohne die mit dem 3. NKFVG den Kommunen in Nordrhein-Westfalen neu eingeräumte Möglichkeit zur Darstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts hätte es nur drei Möglichkeiten gegeben: Leistungskürzungen, Steuererhöhungen und als Ultima Ratio den Verlustvortrag.

Die Bezirksregierung Köln als unsere Kommunalaufsicht wird aber in den nächsten Jahren darauf bestehen, diese Instrumente zur Haushaltskonsolidierung auch anzuwenden.

Leistungskürzungen bei den freiwilligen Ausgaben in den Bereichen Soziales, Kinder und Jugend, Sport und Kultur wünscht sich niemand, denn sie stören den sozialen und gesellschaftlichen Frieden und schüren weitere Ängste in der Bevölkerung in diesen sowieso schon schweren Zeiten von wirtschaftlicher Stagnation, Wohlstandsverlust, Sorge um Arbeitsplätze und Krieg in Europa.

Die Steuersätze der Gemeindesteuern für das Haushaltsjahr bleiben gemäß § 6 der Haushaltssatzung weiter bei 475 vom Hundert bei der Gewerbesteuer und damit seit 2014 unverändert und steigen bei der Grundsteuer A und B aufkommensneutral moderat von 305 vom Hundert auf 368 vom Hundert sowie von 525 vom Hundert auf 637 vom Hundert, dies nicht zuletzt um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts genüge zu leisten.

Dies ist für die FDP-Fraktion anerkennenswert und erfreulich!

Um in die ökologische Transformation, soziale Sicherungssysteme und unsere örtliche und überörtliche Sicherheit investieren zu können, ist eine starke Wirtschaft mit gesunden und florierenden Unternehmen die Grundvoraussetzung. Wir Freien Demokraten wollen den Wohlstand in Aachen halten und ihn durch Wachstum für die Menschen mehren.

Immer noch hohe Energie- und Rohstoffpreise, steigende Inflation, fragile Lieferketten, drohende Zölle aus den USA und teilweise unfaire Konkurrenz aus China und anderen Niedriglohnländern machen auch den Aachener Unternehmen schwer zu schaffen. Bei der Bevölkerung führen diese ungünstiger gewordenen Rahmenbedingungen zu einer deutlichen Kauf- und Investitionszurückhaltung.

Die investive Haushaltsplanung bildet die beabsichtigte Umsetzung aller dem Grunde nach beschlossenen und absehbar realisierungsfähigen Maßnahmen einschließlich der vorbereitenden Planungsleistungen ab. Im Haushaltsjahr 2025 sind mit 232 Millionen Euro nochmals rund 21 Millionen Euro mehr veranschlagt worden. Die tatsächliche Investitionsrealisierungsabsicht wird jedoch bei der erneuten Aufstockung der Liste nach § 13 KomHVO deutlich. In der Investitionsplanung für 2025 standen noch Ermächtigungübertragungen aus dem Jahr 2024 in Höhe von rund 231 Millionen Euro. Das finanzielle Volumen der § 13-Liste ist mittlerweile auf 437 Millionen Euro angestiegen.

In dieser Liste stehen als größte Posten die drei Feuerwachen Burtscheid, Kornelimünster und Hauptwache Stolberger Straße, der Neubau der Multifunktionshalle im Sportpark Soers, die



Kanalerneuerung der Stawag, diverse Neubauten und Sanierungen von Schulen, Kindertagesstätten, Turnhallen, die Erschließung des Richtericher Dell, der Südausgang des Hauptbahnhofs und viele, viele Vorhaben mehr.

Es wird kaum mehr bezifferbar, wenn berücksichtigt wird, dass die aktuelle Investitionsliste des Haushaltsplans und die Liste nach § 13 KomHVO trotz ihres beachtlichen Umfangs noch keinesfalls abschließend sind. Daneben stehen auch noch diverse zu erwartende, in ihrer Komplexität aber noch nicht haushalterisch einstellbare Investitionsvorhaben der Zukunft, zum Beispiel das Projekt Haus der Neugier als größtes Investitionsprojekt in der Geschichte der Stadt Aachen, die Gesamtplanung des Continental-Geländes, die Regiotram sowie der allgemeine Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der städtischen Verwaltungsgebäude.

Alles werden wir aber nicht realisieren können!

Wir Freie Demokraten fordern daher von der grün-roten Gestaltungsmehrheit in diesem Rat Investitionsmaßnahmen zu priorisieren und ihre Umsetzung realitätsnah einzuplanen. Das bedeutet natürlich auch, Maßnahmen auch haushalterisch in die Zukunft zu verschieben, was niemand will, aber unumgänglich sein wird.

Politik und Verwaltung müssen daher in Zukunft die einzelnen Investitionsplanungen regelmäßig auf ihre Umsetzbarkeit und Erforderlichkeit hin überprüfen, damit die Risiken zu reduzieren, aber dann auch die Ergebnisse dieser Überprüfung in die Tat umzusetzen!

Die größte Herausforderung für die Zukunft besteht jedoch im Arbeits- und Fachkräftemangel. Die Wirtschaft sucht unentwegt Fachwirte, Auszubildende, Handwerksmeister und Mitarbeitende mit akademischen Abschlüssen fast aller Fachrichtungen.

Dies gilt natürlich auch für die öffentliche Verwaltung, die ja auch auf dem Arbeitskräftemarkt in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft steht. Schon in den letztjährigen Stellenplänen wurden jeweils sehr viele zusätzliche Stellen eingerichtet, in diesem Jahr erneut 191,5 neue Stellen. Dieser Stellenzuwachs führt aber auch zu einem erheblichen finanziellen Mehrbedarf.

Hinzu kommt die zu erwartende erhebliche Tarifsteigerung bei den Gehaltsverhandlungen der öffentlichen Tarifpartner, die bei einer Forderung von derzeit 8 Prozent höheren Löhnen in jedem Fall auszugehen ist. Dass die Stadt Aachen jedoch lediglich eine einprozentige Erhöhung der Gehälter im Haushalt angesetzt hat, halten wir Freien Demokraten für unangemessen und realitätsfremd.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen lehnt den Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung wegen falscher politischer Gewichtung und falscher Prioritäten ab.

Der städtische Haushalt wird leider in den nächsten Jahren deutlich schlechter dastehen als in den zurückliegenden guten Jahren. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft werden also nach der Kommunalwahl den Gürtel enger schnallen müssen, um bewährte Standards zu erhalten und Investitionen in die Zukunft der Stadt Aachen planen und vor allem umsetzen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

– An die Redaktionen –

Aachen, 12. März 2025

### **Haushaltsrede 2025 (Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Auch in meiner letzten Haushaltsrede möchte ich mich im Namen unserer Fraktion zunächst bei Ihnen, Frau Grehling, und Ihren Mitarbeitenden für die Erstellung des Haushaltsplans 2025 und der Mittelfristplanung bis 2028 herzlich bedanken. Ihre Arbeit mit Zahlen ist wirklich bewundernswert.

Meine Damen und Herren! Die Welt ist verrückt geworden. In den USA ist ein Vorbestrafter und Feind der Demokratie Präsident geworden, der aus Gaza eine luxuriöse Riviera ohne Palästinenser machen möchte. In der Europäischen Union gibt es immer mehr rechte Regierungen, und Hitler war aus Sicht von Alice Weidel ein Kommunist. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten haben zu Tausenden Toten und zu unendlichem Leid für viele Menschen geführt. Als Folge dieser Entwicklung werden gigantische Rüstungsausgaben diskutiert, die den Klimaschutz und eine sozial gerechtere Politik in eine ungewisse Zukunft verbannen. Ist das alles ein neuer Markt der Möglichkeiten oder eine Zeitenwende – aber zurück?

In Deutschland wird die Willkommenskultur für Geflüchtete von der Bezahlkarte abgelöst, die zynischerweise auch noch „social card“ genannt und von Visacard bereitgestellt wird. Aber so ist das im Kapitalismus: Vom Leid der Einen profitieren die Anderen. Da ist es gut, dass sich der Rat der Stadt Aachen gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen hat und sich nun nach Vorliegen der rechtlichen Grundlage wahrscheinlich für die Opt-Out-Regelung entscheidet. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Politik, insbesondere in der Migrationspolitik, nach rechts gerückt ist.

Darüber hinaus kürzt oder erschwert das Land die finanzielle Unterstützung

sozialer Vereine und Einrichtungen und höhlt so die soziale Infrastruktur auch in Aachen immer mehr aus.

Was können wir nun auf kommunalpolitischer Ebene tun, um die Folgen dieser Entwicklungen im sozialen Bereich zumindest abzufedern und zu lindern? Die Linke hat hierzu eine Reihe von Vorschlägen in den Haushaltsberatungen unterbreitet. So wollte unsere Fraktion, und das tut sie schon seit Jahren, einen Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren in Höhe von 200.000 Euro und einen Fonds zur Unterstützung bei der Anschaffung energiesparender Geräte in Höhe von 100.000 Euro einrichten. Beide Anträge wurden von der Ratsmehrheit aus Grünen und SPD abgelehnt.

Als Hilfe für suchtkranke Menschen ist die Einrichtung eines Drogenkonsumraums von zentraler Bedeutung. Dass auch dieser Haushaltsantrag im Sozialausschuss keine mehrheitliche Zustimmung fand, ist wohl auch nicht überraschend.

Angesichts des Klimawandels ist die eingeleitete Mobilitätswende notwendig und wichtig. Aber eine Mobilitätswende, die nicht sozial flankiert ist, wird nicht gelingen. So hat Die Linke Preiserhöhungen bei der ASEAG immer abgelehnt. Im Mobilitätsausschuss haben wir folgerichtig einen Zuschuss für das Deutschland-Ticket Sozial in Höhe von 612.000 Euro beantragt, um es deutlich preisgünstiger anbieten zu können. Der Kauf einer Busfahrkarte darf nicht am Geldbeutel scheitern. Aber auch hier mussten wir eine Ablehnung der Ratsmehrheit erfahren.

Der Klimawandel schreitet schneller als erwartet voran. Es ist nicht mehr fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Deshalb wollte unsere Fraktion zusätzlich 500.000 Euro für 2025 und ab 2026 jährlich 1.000.000 Euro für deutlich mehr Baumpflanzungen bereitstellen, um die gesteckten Ziele auch zu erreichen. Doch wir konnten uns damit nicht durchsetzen.

Schließlich hat Die Linke, um die Bedarfe bei der Schulsozialarbeit umzusetzen, vier weitere Stellen beantragt. Grüne und SPD waren auch hier anderer Meinung.

Aber es gibt auch einen kleinen Lichtblick. Jahr für Jahr beantragt unsere Fraktion, die Mitgliedschaft in der Metropolregion Rheinland e. V. zu beenden. Mit dem Mitgliedsbeitrag von 22.000 Euro jährlich für einen völlig unnützen Verein, der für Aachen keinen Mehrwert bringt, kann man besser soziale Einrichtungen unterstützen. Und siehe da! Auch die Ratsmehrheit ist nun unserem Haushaltsantrag gefolgt und hat ab 2026 keine Mittel mehr in den Haushalt eingestellt, auch wenn das noch nicht endgültig den Austritt bedeutet. Manchmal muss man dicke Bretter bohren.

Dieser Lichtblick allein kann jedoch nicht verhehlen, dass der vorliegende Haushaltsplan sozial unausgewogen ist und der zunehmenden Armut kommunalpolitisch zu wenig entgegengesetzt. Aus diesem Grund lehnt Die Linke ihn ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach fast elf Jahren im Rat und angesichts meiner letzten Haushaltsrede habe ich diese Zeit für mich einmal Revue passieren lassen. Auf welche Erfahrungen und Eindrücke kann ich zurückblicken? Da gab es leidenschaftliche Diskussionen über Themen, die uns heute noch vor Herausforderungen stellen. Auf der anderen Seite haben wir über Themen gestritten, die am nächsten Tag schon vergessen waren.

Es gab Sitzungen, in denen ich neben mir gestanden und mich gefragt habe: Was machst Du hier eigentlich? Und manchmal hat es bis zur Antwort etwas gedauert. Wir haben hier im Rat wichtige und gute Dinge auf den Weg gebracht. Ich nenne hier die stadtplanerische Entwicklung, Veränderungen im Bereich der Mobilität und Maßnahmen zum Klimaschutz. Auch die Entscheidung für das Haus der Neugier ist ein wichtiger Meilenstein hinsichtlich der Entwicklung am Büchel und in der östlichen Innenstadt. Als Linke freut es uns natürlich besonders, dass der Aachen Pass auf Wohngeldbezieher\*innen ausgeweitet worden ist. Unterstützt wird von uns auch die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, denn es müssen alle Möglichkeiten zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums genutzt werden.

Aber vieles bin ich jedoch leid, auch wenn die Kommunen nicht in erster Linie dafür verantwortlich sind. Ich bin es leid, dass fast 4.000 Senior\*innen in Aachen Grundsicherung im Alter erhalten und damit arm sind, wobei die Dunkelziffer sehr viel höher ist. Ich bin es leid, dass auch in unserer Stadt so viele Kinder in armen Verhältnissen aufwachsen. Ich bin es leid, dass Menschen in ihrer Wohnung frierend im Dunkeln sitzen müssen, weil sie die Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen können. Ich bin es leid, dass Einwohner\*innen zur Tafel gehen müssen, weil sie nicht in der Lage sind, die immer teurer werdenden Lebensmittel einzukaufen. Ich bin es leid zu hören, dass geflüchtete Menschen an allem schuld sein sollen. Ich bin es leid, dass die soziale Spaltung auch in Aachen fortschreitet, begünstigt durch die Politik in Bund und Land. Und ich bin das alles deswegen so leid, weil es nicht sein müsste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Rückschau kam mir ein Satz des Kabarettisten Hanns Dieter Hüsch in den Sinn. Und diesen Satz möchte ich Ihnen, Euch und mir zum Schluss mit auf den weiteren Weg geben. Er lautet: „Wir sollten uns alle ernst nehmen, aber nicht so wichtig“.

In diesem Sinne danke fürs Zuhören.